

Markus Marterbauer

Finanz- und Wirtschaftskrise: Neue Herausforderungen für Sozial- und Beschäftigungspolitik

Die sozialen Auswirkungen der Krise

Seit Ende des Jahres 2007 prägt die Finanz- und Wirtschaftskrise die ökonomische Entwicklung in Österreich und der Europäischen Union. Die Krise ging zunächst in den Jahren 2007 und 2008 von den Finanzmärkten und Banken aus, die weltweit mehrmals an den Rand des Zusammenbruchs gerieten. Von Mitte 2008 bis Mitte 2009 folgte ein tiefer Einbruch in der Realwirtschaft, das →Bruttoinlandsprodukt ging 2009 in Österreich real um 3,6% zurück, in der Europäischen Union um 4,2%.¹ Die Kosten des finanz- und realwirtschaftlichen Einbruchs führten ab dem Frühjahr 2010 in der EU zu einer Staatsschuldenkrise.

**Krise seit
2007**

Der Wirtschaftspolitik ist es gelungen, durch antizyklische Maßnahmen eine Stabilisierung zu erreichen und damit eine →Depression im Ausmaß der 1930er-Jahre zu verhindern: Die Übernahme von Beteiligungen und Haftungen stabilisierte das Bankensystem; durch hohe Budgetdefizite (wegen krisenbedingter Ausfälle an Steuereinnahmen sowie →diskretionärer Konjunkturpakete in Form von Steuersenkungen und höheren Staatsausgaben) und eine expansive Geldpolitik (durch Zinssenkungen und Bereitstellung von kurzfristiger Liquidität für die Banken) konnte der Konjunktüreinbruch Mitte 2009 gestoppt werden; mit der Schaffung eines „Europäischen Stabilisierungsmechanismus“, der die gemeinsame Haftung der EU-Länder für die Schuldenaufnahme einzelner Mitgliedsländer ermöglicht, ist es (vorläufig) gelungen, eine Beruhigung der Märkte für Staatsschuldverschreibungen zu erreichen.

**Große
Depression
verhindert**

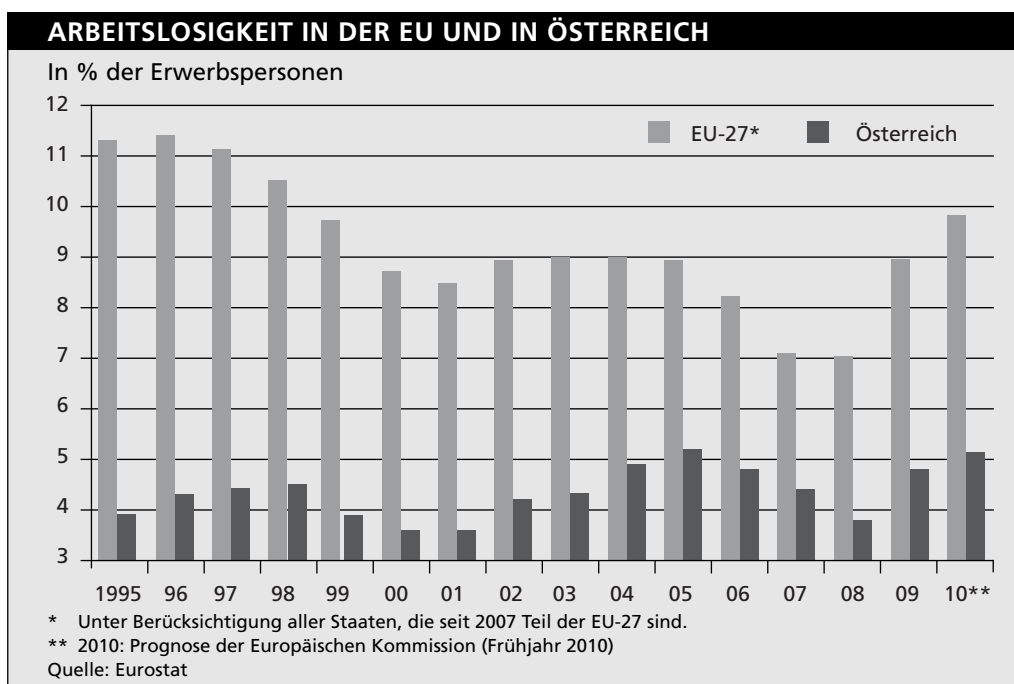
Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist jedoch nicht überwunden. Erstens ist die strengere Regulierung von Finanzmärkten und Banken weltweit kaum vorangekommen, damit droht mittelfristig eine weitere Finanzkrise; zudem gelangt das Verursacherprinzip in der Beantwortung der Frage, wer die Kosten der Krise trägt, in nur sehr geringem Ausmaß zur Anwendung. Zweitens erfolgt in der EU der Schwenk zu einer →restriktiven Budgetpolitik zu früh – für manche Länder wie Griechenland mitten in der →Rezession, für die meisten anderen Länder schon 2011 –, damit ist die Gefahr von neuerlichen konjunkturellen Rückschlägen hoch. Drittens werden die sozialen Folgen der großen Rezession das gesamte vor uns liegende Jahrzehnt prägen: Sie bestehen in allen EU-Ländern in einem Dreifachproblem aus hoher Arbeitslosigkeit, hohem Budgetdefizit und einer Ausweitung der Ungleichheit der Verteilung.

**Keine großen
Reformen**

**Restriktive
Budgetpolitik**

Der Einbruch des →BIP hat dazu geführt, dass die Beschäftigung markant zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. In Österreich hat sich die Zahl der Arbeitslosen vom Frühjahr 2008 bis zum Herbst 2009 sprunghaft erhöht, seither ist sie stabil. Im Mai 2010 gab es 48.000 registrierte Arbeitslose mehr als zum Tiefstand im März 2008, dazu kommt ein Anstieg der Zahl der SchulungsteilnehmerInnen um 22.000. In der Europäischen Union ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 16 Millionen im Frühjahr 2008 auf 23 Millionen im Mai 2010 gestiegen². Besonders stark hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen erhöht.

**Gestiegene
Arbeits-
losigkeit**



Die Wirtschafts- und Finanzkrise führt seit dem Frühjahr 2008 zu einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. In Österreich ist die Arbeitslosigkeit schwächer gestiegen als im Durchschnitt der EU-27, die Arbeitslosenquote liegt deutlich niedriger. Auch die →Rezession von 2001 bedingte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser Rezession waren eine Phase hohen Wirtschaftswachstums von 1998 bis 2000 sowie Arbeitsmarktreflexionen vorangegangen, die zum Sinken der Arbeitslosigkeit führten.

Staats-schulden gestiegen

Durch den mit dem Konjunkturunbruch verbundenen Ausfall an Abgabeneinnahmen und die höheren Aufwendungen für Arbeitslosigkeit sowie wegen →diskretionärer Konjunkturprogramme und der Bankenhilfen ist es zu einer deutlichen Verschlechterung der Finanzlage des Staates gekommen. In Österreich hat sich das Budgetdefizit des Staates von 0,4 % des BIP (1 Mrd. Euro) im Jahr 2008 auf etwa 4,5 % des BIP (13 Mrd. Euro) 2010 verschlechtert, der Anteil der Brutto-Staatsschulden am BIP ist von 59,5 % (2007) auf etwa 70 % gestiegen. In der EU beträgt das Budgetdefizit 2010 durchschnittlich mehr als 7 % des BIP, die →Brutto-Staatsschuld etwa 80 %³.

Ungleiche Verteilung der Einkommen

In den Industrieländern ist schon seit Mitte der 1970er-Jahre ein Trend zu zunehmender Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen festzustellen, der in Österreich etwas später eingesetzt hat.⁴ Er wird durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und das rasche Wachstum der Einkommen aus Vermögen, die außerordentlich ungleich verteilt sind, bestimmt. Die Krise verstärkt die Ungleichheit der Verteilung. Zwar führt der Einbruch der Vermögenseinkommen und der Gewinne kurzfristig zu einem Anstieg des Lohnanteils am Volkseinkommen, doch die dauerhaften Folgen der schweren →Rezession – Arbeitslosigkeit und Finanzierungsprobleme im Sozialstaat – führen zu zunehmender Ungleichheit zu Lasten der unselbstständig Erwerbstätigen und der unteren Einkommensgruppen.

Aktive Beschäftigungspolitik bei schwachem Wirtschaftswachstum

Wenig Wachstum ...

Für die nächsten Jahre droht wegen der hohen Unsicherheit bei privaten Haushalten und Unternehmen und der damit verbundenen Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen

sowie aufgrund der simultanen Konsolidierung des Staatshaushalts in Österreich und in den anderen Mitgliedsländern der EU ein nur schwaches Wirtschaftswachstum – selbst wenn es einer pragmatisch orientierten Wirtschaftspolitik gelingt, ein neuerliches Aufblühen der Krise auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft zu verhindern. Das lässt auf eine sehr verhaltene Arbeitskräftenachfrage schließen. Denn die Zahl der Beschäftigten steigt für gewöhnlich erst ab einem Wirtschaftswachstum von real 1,5 %, diese Rate dürfte in den nächsten Jahren kaum überschritten werden.

... viele
Arbeitslose

Gleichzeitig steigt das Angebot an Arbeitskräften: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20- bis 65-Jährige) wird wegen der starken Zuwanderung bis zum Jahr 2020 um etwa 150.000 Personen (+3 %) steigen. Dazu kommt ein großes, ungenutztes Arbeitskräftepotenzial durch die hohe Zahl an Arbeitslosen (350.000 Personen), ein niedriges effektives Pensionsantrittsalter (etwa 100.000 Personen pro Jahrgang) und die unter den skandinavischen Werten liegende Erwerbsquote von Frauen (250.000 Personen)⁵. Die Zahl der Arbeitslosen geht gewöhnlich erst ab einem Wirtschaftswachstum von 2,25 % zurück, diese Rate dürfte mittelfristig nicht erreicht werden.

Großes
Potenzial an
Arbeits-
kräften

Die Beschäftigungspolitik hat unter der Rahmenbedingung von schwacher Nachfrage und hohem Angebot an Arbeitskräften zwei Möglichkeiten, auf das Problem anhaltend hoher Arbeitslosigkeit zu reagieren: Sie kann zum Ersten versuchen, die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums zu erhöhen, indem die wirtschaftspolitischen Impulse möglichst hohe Beschäftigungswirkungen aufweisen. Die Zahl der Jobs, die pro eingesetzter Milliarde Euro geschaffen werden, ist bei Einkommensteuersenkungen wegen des hohen Sparanteils an einem zusätzlichen Einkommen relativ gering, bei der Ausweitung von Sozialtransfers und der Erhöhung öffentlicher Investitionen höher und beim Ausbau öffentlicher Dienstleistungen am höchsten.

Impulse für
Beschäfti-
gung

NACHFRAGE- UND BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE KONJUNKTURPOLITISCHER MASSNAHMEN				
Bandbreite der Simulationsergebnisse verschiedener Studien über kurz- und mittelfristige Effekte diverser Maßnahmen im Ausmaß von 1 Mrd. Euro oder 0,4 % des BIP. Abweichung von der Basislösung* in % bzw. in Personen				
Maßnahmen	Einkommensteuersenkung	Erhöhung der Sozialtransfers	Öffentliche Investitionen	Öffentliche Beschäftigung
Bruttoinlandsprodukt	0,2–0,3 %	0,3–0,4 %	0,5–0,7 %	0,4–0,5 %
Beschäftigung	2.000–5.000	4.000–8.000	6.000–10.000	18.000–25.000
* Die Basislösung gibt an, wie sich die Wirtschaft ohne Einsatz der Maßnahmen entwickeln würde. Die Abweichung von der Basislösung zeigt den Effekt der Maßnahmen auf das Wachstum des BIP bzw. auf die Steigerung der Beschäftigung an.				
Quelle: Marterbauer, Markus: Budgetpolitik im Zeitalter verminderter Erwartungen. WIFO-Working Paper 366/2010, abrufbar unter http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38981&typeid=8&display_mode=2 (letzter Zugriff 13.7.2010).				

Diese Tabelle zeigt Simulationen verschiedener Maßnahmen zur Anregung von Nachfrage und Beschäftigung: Den geringsten Effekt erzielen Einkommensteuersenkungen, das Zusatzeinkommen wird zu einem erheblichen Teil gespart und nicht für Konsumnachfrage ausgegeben. Eine Erhöhung von Sozialtransfers (Arbeitslosengelder, Familienbeihilfen u.a.) und eine Erhöhung öffentlicher Investitionen haben stärkere Wirkungen. Die meisten zusätzlichen Arbeitsplätze werden bei der Steigerung der öffentlichen Beschäftigung erzielt.

Gleichzeitig gilt es, die Zahl der Industriebeschäftigten zu stabilisieren. In der Krise ist sie markant zurückgegangen (etwa 70.000 verlorene Jobs, –12 %). Das kann zunächst durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Zudem müssen der hohe Innovationsgrad

In der Industrie
Beschäftigte halten

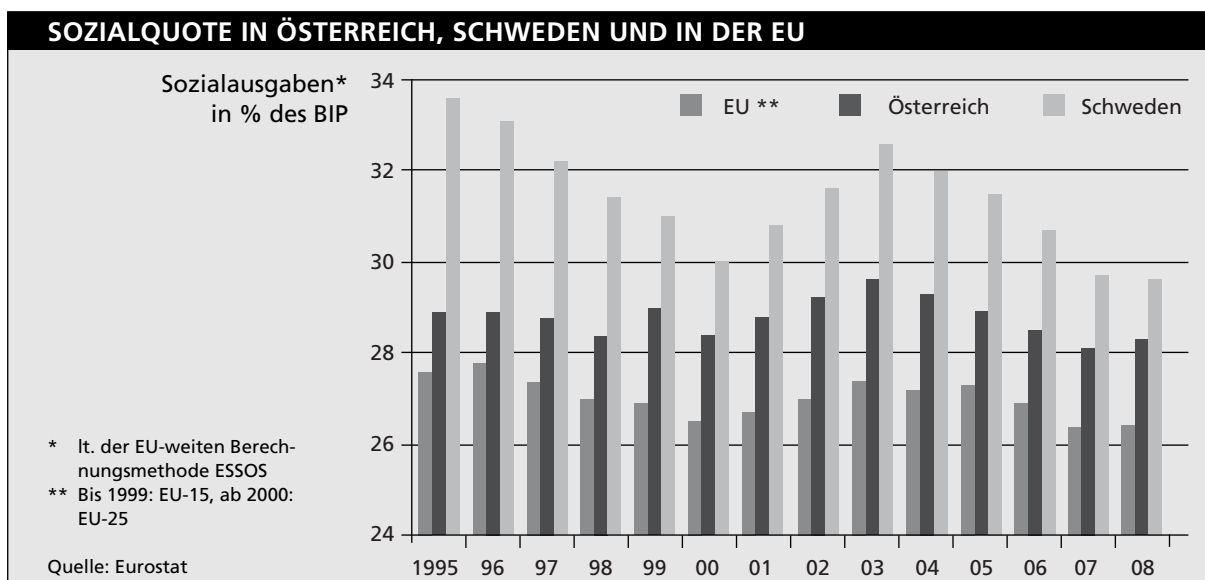
der Industriebetriebe und die gute Ausbildung der Facharbeitskräfte weiter verbessert werden, sie bilden die Basis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Am wichtigsten ist es dabei, in die Grundausbildung und die berufliche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu investieren, sie bilden die Facharbeitskräfte der Zukunft.

Arbeitszeitverkürzung Die zweite Möglichkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit in allen Branchen. In Österreich würde eine kostenneutrale Verringerung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit um 10 % mittelfristig die Zahl der Beschäftigten um 130.000 erhöhen (+4 %) und die Zahl der Arbeitslosen um 80.000 verringern.⁶

Maßnahmen mit positiver Wirkung Für Jugendliche, die durch die jüngste Krise besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bedeutet Arbeitszeitverkürzung vor allem eine Verlängerung der Ausbildungszeit. So könnte das Pflichtschulalter angehoben werden; großer Bedarf besteht auch im Ausbau der Ausbildungsplätze in mittleren Schulen, höheren Schulen, an Fachhochschulen und Universitäten. Für vollzeitbeschäftigte Männer, vor allem in Industrie und Bauwirtschaft, könnten die Wochenarbeitszeit verringert oder längere Freizeitblöcke geschaffen werden. Generell sollte in einer Wissensgesellschaft die Möglichkeit, Weiterbildungskarenz in Anspruch zu nehmen, stark ausgeweitet werden. Arbeitszeitverkürzung hilft dabei, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, das effektive Pensionsantrittsalter zu erhöhen und mehr Frauen in Beschäftigung zu bringen, ermöglicht es aber auch, den vorhandenen Wohlstand besser zu nutzen.

Das Sozialsystem krisenfester machen

Sozialstaat für die Gesamtwirtschaft wertvoll Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wertvoll der Sozialstaat nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch für die Gesamtwirtschaft ist. Ohne die soziale Sicherungs- und die wirtschaftliche Stabilisierungswirkung des Sozialsystems wäre die →Rezession viel tiefer ausgefallen. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP (Sozialquote) wird wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren wieder steigen. Die Krise



Die Sozialausgaben umfassen Leistungen aus der Pensions- und der Arbeitslosenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen, Familienleistungen u.a. Die Sozialquote misst den Anteil der Sozialausgaben am BIP: Sie lag im schwedischen Wohlfahrtsstaat im Jahr 2008 bei 29,7 %, im EU-Durchschnitt bei 26,4 %; in Österreich betrug die Sozialquote im Jahr 2008 28,3 % des BIP, das entspricht etwa 80 Mrd. Euro.

hat auch gezeigt, wie wichtig die Alterssicherung durch ein umlagefinanziertes → Pensionssystem ist. Zwar gerät auch dieses wegen des Rückgangs der Beschäftigung und damit der Beitragseinnahmen unter Finanzierungsdruck, doch in Ländern, die überwiegend kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme haben, ist es zu erheblichen Einbußen bei den Pensionen gekommen.

Deshalb sollte das solidarische Pensionssystem gestärkt werden: durch weitere Schritte zur Harmonisierung (Angleichung) der Pensionssysteme verschiedener Berufsgruppen; durch Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, die in Zukunft vor allem Frauen und nicht ausreichend Qualifizierten mit unterbrochenen Erwerbskarrieren droht; durch einen Abbau von Steuerbegünstigungen und von Prämien für private Pensionsvorsorge.

**Pensions-
system**

Der Sozialstaat muss besser nach unten abgesichert werden, auch um die sozialen Folgen der Krise abzufedern. Die Verbesserung der → bedarfsorientierten Mindestsicherung und eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, etwa indem die Anrechnung der Partnereinkommen bei der Notstandshilfe abgeschafft oder die effektive Ersatzrate der Arbeitslosengelder erhöht wird, wären wichtige Ansatzpunkte.

Die wichtigste sozialpolitische Maßnahme besteht aber im Ausbau sozialer Dienstleistungen.⁷ Eine Verbesserung der Verfügbarkeit und der Qualität sozialer Dienstleistungen kommt vor allem den unteren und mittleren sozialen Schichten zugute, die diese Leistungen privat finanziert nicht in Anspruch nehmen könnten.⁸ Gleichzeitig eröffnet er ein großes Beschäftigungspotenzial. Einerseits durch die direkt entstehenden Jobs in den Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Würde Österreich das Betreuungsangebot

**Ausbau
sozialer
Dienst-
leistungen**

AUSBAU SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN

Beim Ausbau sozialer Dienstleistungen besteht der größte Bedarf in drei Bereichen:

- ▶ **Erstens** im flächendeckenden Ausbau von Kindergärten. Österreich erreicht die EU-Ziele in der Betreuung der 3- bis 5-Jährigen (Betreuungsquote 90 %) annähernd, doch besteht erheblicher Bedarf in der Verbesserung der Qualität (Öffnungszeiten am Nachmittag, Gruppengröße). Großer Nachholbedarf besteht bei der Zahl der Krippenplätze für die 2- bis 3-Jährigen, es fehlen 50.000 Plätze, um die EU-Ziele (Betreuungsquote 33 %), und 100.000 Plätze, um den Versorgungsgrad Dänemarks und Schwedens zu erreichen.¹ Der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze ist eine Investition in die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten unserer Kinder mit sehr hohen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträgen.²
- ▶ **Zweitens** in der Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung. Im Vergleich mit den skandinavischen Ländern fehlen für die Altersgruppe der 6- bis 14-Jährigen etwa 500.000 Plätze.
- ▶ **Drittens** im Aufbau eines solidarischen Pflegesystems. Die Pflegekosten nehmen rasch zu, der steigende Bedarf kann angesichts der hohen Kosten eines Platzes in einem Pflegeheim nicht über private Marktlösungen befriedigt werden, will man nicht große soziale Unterschiede zwischen Reich und Arm im Alter akzeptieren. Besonders rasch sollte der Ausbau von kostengünstiger Betreuung zu Hause erfolgen, auch bei der Bereitstellung von Plätzen in Pflegeheimen besteht hoher Nachholbedarf. Österreich gibt derzeit etwa 1,25 % seines BIP für Pflegevorsorge aus, Dänemark mit einer umfassenden und flächendeckenden Pflegeversorgung 3 %.³

1 Marterbauer, Markus: Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien 2007
2 Esping-Andersen, Gosta: The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles. Cambridge 2009.
3 Mühlberger, Ulrike/Guger, Alois/Knittler, Käthe/Schratzenstaller, Margit: Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge. WIFO-Studie 2008; Esping-Andersen, Incomplete.

Markus Marterbauer

Dänemarks oder Schwedens erreichen, so entstünden mindestens 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.⁹ Andererseits würde durch die Entlastung von unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit im Haushalt vor allem für Frauen die Möglichkeit geschaffen werden, eine bezahlte und sozial abgesicherte Erwerbstätigkeit aufzunehmen, dadurch erhöhen sich Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften.

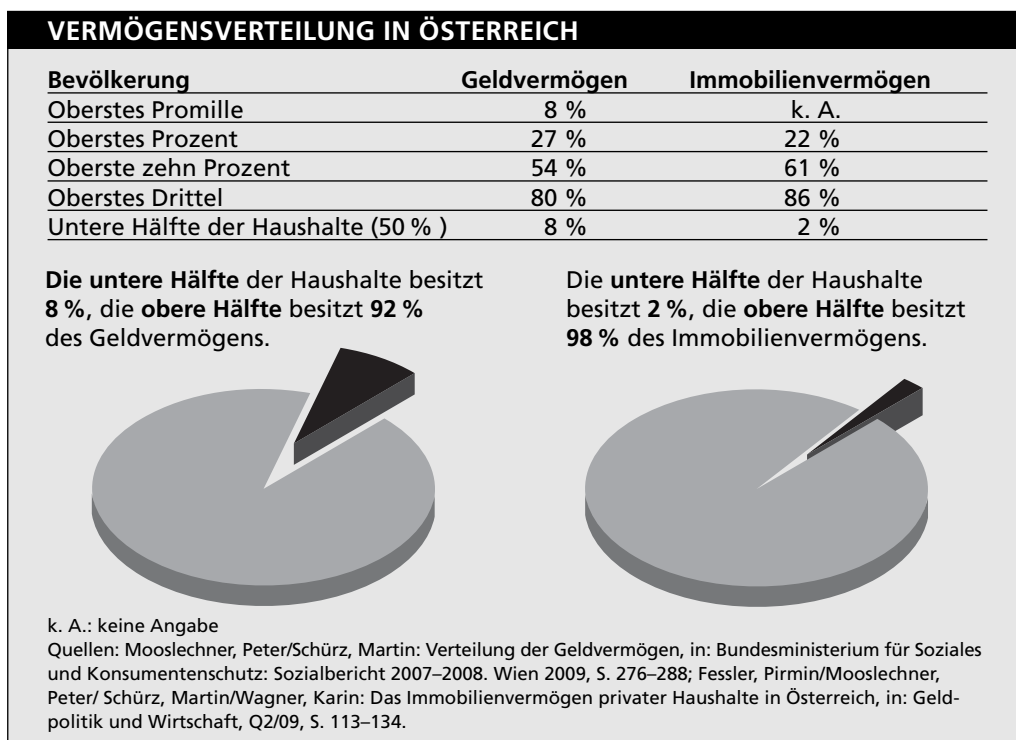
Finanzierungsmodelle für den Ausbau

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen kann zum Teil durch Einsparungen bei sozialen Geldleistungen oder steuerlichen Förderungen (Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, Karenzgeld, Familienbeihilfen, Pflegegeld u.a.) sowie durch eine Gesundheitsreform finanziert werden, die Finanzmittel von den Akutbetten in Spitälern zugunsten von ambulanter ärztlicher Versorgung und von Pflegeheimen umwidmet. Die Verbesserung der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen würde allerdings auch eine Finanzierung über höhere Steuern, vor allem im Bereich der Einkommen- und Vermögenssteuern, rechtfertigen.¹⁰ In den skandinavischen Ländern mit ihren viel höheren Standards der kommunalen sozialen Dienstleistungen ist auch die durchschnittliche Steuerbelastung deutlich höher.

Ansatzpunkte für Verteilungspolitik

Verteilung des Vermögens entscheidend

Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft den Trend zu wachsender Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Die entscheidende Determinante für die Verteilung des Wohlstandes ist heute die Verteilung des Vermögens. In Österreich beträgt das Finanz- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte mehr als 1.000 Mrd. Euro. Das Immo-



Vermögen ist in Österreich ungleich verteilt: An Geldvermögen, also Bargeld, Geldanlagen bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen sowie Aktien und anderen Wertpapieren, besitzt das oberste Tausendstel (Promille) aller Haushalte, das sind 3.500, etwa gleich viel wie die untere Hälfte, also 50 Prozent, aller Haushalte, das sind 1,75 Millionen. Die Immobilienvermögen (Wohnimmobilien inklusive Grundstückswert) sind fast doppelt so hoch wie die Geldvermögen.

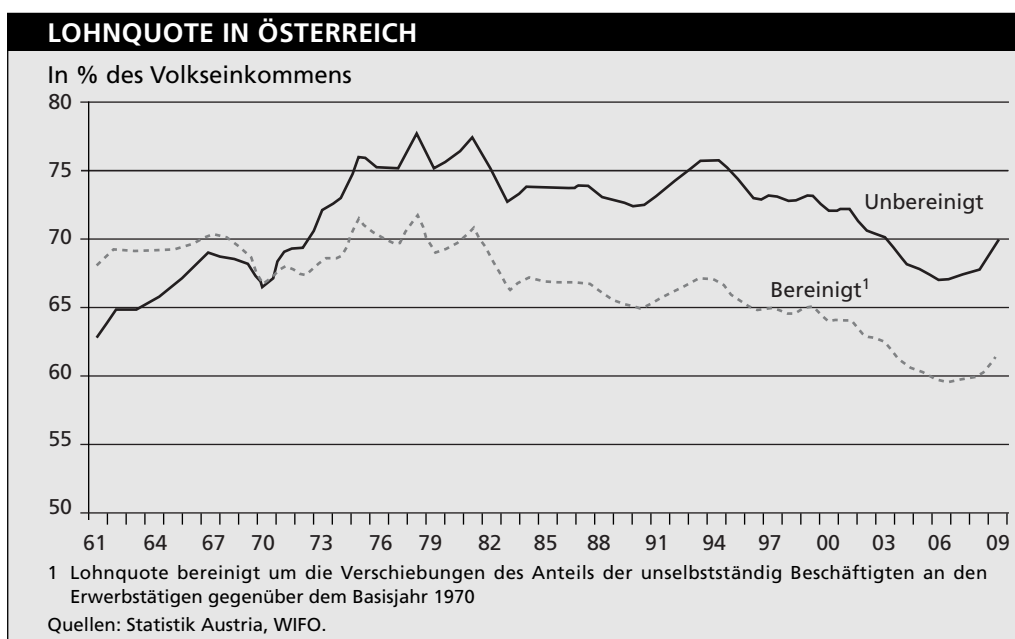
lievermögen ist bislang nur durch die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer mit einem Steueraufkommen von zusammen 1,1 Mrd. Euro und damit einem effektiven Steuersatz von 0,1 % belastet.¹¹ Informationen über die Verteilung des Vermögens liegen auf Basis der Haushaltsbefragungen der Oesterreichischen Nationalbank vor:¹² Das oberste Promille der Haushalte (3.500 Haushalte) besitzt etwa gleich viel wie die untere Hälfte (1,75 Millionen Haushalte) an Geldvermögen, die obersten 10 % der Haushalte etwa 60 % des Gesamtvermögens.

Dem Problem zunehmender Vermögenskonzentration kann man primär durch eine Besteuerung des Vermögensbestandes begegnen, etwa durch eine Abgabe auf Wertpapierdepots, die Anhebung der Grundsteuer und die Wiedereinführung einer Erbschaftsteuer. Diese Maßnahmen wären auf Basis des Verursacherprinzips (die Konzentration des Vermögens bildet eine wichtige Krisenursache) und des Leistungsfähigkeitsprinzips (ökonomisch besser gestellte Haushalte können einen größeren Teil der Lasten tragen) auch im Zuge der Budgetkonsolidierung gerechtfertigt.

Vermögen stärker besteuern

Die hohe Konzentration der Vermögen beeinflusst auch die Verteilung der Einkommen: Der starke Anstieg der Vermögenseinkommen hat in den letzten Jahren wesentlich zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen beigetragen.¹³

Rückgang des Lohnanteils



Die Grafik zeigt, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen (= →Lohnquote) seit Mitte der 1990er-Jahre zurückgegangen ist, erst in der →Rezession 2008/09 kam es zu einem Anstieg. Gleichzeitig ist der Anteil des Vermögenseinkommens – aus Geld- und Immobilienvermögen, das in den Händen einer Minderheit der ÖsterreicherInnen liegt – gestiegen. Dieser Trend zunehmender Ungleichheit hat Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, etwa durch eine Dämpfung der Konsumnachfrage und der Einnahmen an Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Zwei Ansatzpunkte bieten sich für eine Erhöhung der →Lohnquote an: Erstens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; weniger Arbeitslose verbessern die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und erhöhen den Lohnanteil am Volkseinkommen. Zweitens eine Besteuerung von Vermögenseinkommen (Wertzuwachssteuer auf realisiertes Finanz- und Immobilienvermögen, Kapitalertragsbesteuerung u.a.) bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit; das erhöht die →Nettolohnquote.

Erhöhung der Lohnquote

- Gerechte Einkommensverteilung** Auch innerhalb der Gruppe der unselbstständig Erwerbstätigen nimmt die Ungleichheit zu:¹⁴ Gut verdienende und ausgebildete männliche Angestellte erhöhen ihren Anteil am gesamten Lohneinkommen, Frauen in Dienstleistungsberufen und Jugendliche verlieren. Neben der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt wäre vor allem eine gleichere Verteilung der unbezahlten Betreuungs- und Hausarbeit ein probates Mittel, um die bezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen besser zu verteilen und damit die Chancen der Frauen auf ein höheres Erwerbseinkommen zu verbessern.
- Sozialstaat kann ausgleichen** Dem Trend zu zunehmender Ungleichheit wirkt nur der Sozialstaat entgegen.¹⁵ Er verteilt Einkommen von den derzeit Beschäftigten zu den PensionistInnen, von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen, von den Gesunden zu den Kranken, von den Haushalten ohne Kinder zu jenen mit Kindern.

UMVERTEILUNG DURCH DEN SOZIALSTAAT IN ÖSTERREICH			
Nicht-Selbstständigen-Haushalte, 2005, in % des Bruttoäquivalenzmarkteinkommens			
	1. Einkommens-drittel	2. Einkommens-drittel	3. Einkommens-drittel
Reale Transfers			
Gesundheit und Pflege	39,7	16,8	8,1
Bildung	16,6	7,3	2,3
Monetäre Transfers			
Familienleistungen	12,1	4,3	1,2
Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe	12,6	0,6	0,1

Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009, S. 859-877.

Die Tabelle zeigt die Verteilung staatlicher Leistungen auf die privaten Haushalte (Unselbstständigen- und Pensionistenhaushalte). Der Wert der in Anspruch genommenen Gesundheits- und Pflegeleistungen macht im unteren Einkommensdrittel der Haushalte 39,7 % des Haushaltseinkommens (brutto, nach Zahl der Familienmitglieder gewichtet, Markteinkommen ohne Sozialtransfers) aus, im oberen Drittel beträgt der Anteil (vor allem wegen des höheren Haushaltseinkommens) nur 8,1 %. Ähnlich verteilen sich auch andere Sachleistungen (Bildung) oder Geldleistungen (monetäre Transfers).

UMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT IN ÖSTERREICH			
Unselbstständigen-Haushalte, 2005, in % des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens			
	1. Einkommens-drittel	2. Einkommens-drittel	3. Einkommens-drittel
Lohnsteuer	5,0	9,0	16,5
SV-Beiträge	14,8	15,7	13,9
Indirekte Steuern	14,8	12,0	8,9

Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009, S. 859-877.

Die Tabelle zeigt den Anteil von staatlichen Abgaben am Einkommen der Haushalte der unselbstständig Erwerbstätigen (brutto, nach Zahl der Familienmitglieder gewichtet, Gesamteinkommen inklusive Transfers): Die progressive Lohnsteuer beträgt im oberen Drittel der Haushalte 16,5 % des Einkommens, im unteren Drittel nur 5 %. Die Sozialversicherungsbeiträge sind fast proportional zum Einkommen, die Höchstbeitragsgrundlage bewirkt allerdings, dass die obersten Einkommensgruppen in Relation zu ihrem Einkommen weniger Beiträge zahlen. Die Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer u.a.) betragen gemessen am Einkommen im unteren Drittel 14,8 %, im oberen nur 8,9 %. Insgesamt verteilt das Abgabensystem nicht zwischen den Haushalten unterschiedlicher sozialer Schichten um.

Dadurch profitieren alle EinwohnerInnen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihres Lebens vom Sozialstaat. Als Folge der beschriebenen horizontalen Verteilungswirkungen entstehen auch vertikale Verteilungseffekte von oben nach unten: Die Gesundheits- und Bildungsleistungen, die Familienbeihilfen und Arbeitslosengelder machen gemessen am Einkommen in den unteren Einkommensgruppen viel mehr aus als in den oberen. Hingegen verteilt das Abgabensystem trotz einer →progressiven Einkommensteuer aufgrund der hohen Bedeutung der proportionalen Sozialversicherungsbeiträge und der →regressiven Verbrauchssteuern zwischen den sozialen Schichten nicht um.

Das Streben nach einer gleicheren Verteilung wird oft als normatives Werturteil abgetan. Doch die Untersuchung von Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigt einmal mehr, dass Gesellschaften, in denen die Einkommen (und Vermögen) gleichmäßiger verteilt sind, bei allen Sozial- und Gesundheitsindikatoren (von der Zahl von Morden und Selbstmorden über jene von Herzinfarkten und psychischen Erkrankungen bis zu den schulischen Leistungen von Kindern, der sozialen Mobilität und dem Grad des Vertrauens in einer Gesellschaft) besser abschneiden als ungleiche Gesellschaften.¹⁶ Eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes nutzt schlussendlich nicht nur den Armen, sondern auch den Reichen.

**Gerechte
Verteilung
für alle
besser**

Markus Marterbauer, Mag. Dr.

Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Mitglied des Staatsschuldenausschusses, Experte im Budgetausschuss des Nationalrates, Universitätslektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Universität Wien.

- 1 European Commission, European Economic Forecast – Spring 2010, European Economy 2/2010, abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 2 Eurostat, Pressemitteilung 97/2010, abrufbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-02072010-AP/DE/3-02072010-AP-DE.PDF (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 3 European Commission, European Economic Forecast – Spring 2010, European Economy 2/2010, abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf (letzter Zugriff 13.7.2010).
- 4 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung. Ein Update. WIFO Working Paper 2007; OECD: Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris 2008, abrufbar unter <http://www.oecd.org/els/social/inequality> (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 5 Marterbauer, Markus: Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien 2007.
- 6 Baumgartner, Josef/Huber, Peter/Marterbauer, Markus/Seiler, Friederike/Walterskirchen, Ewald/Zwiener, Rudolf: Beschäftigungswirkungen und ökonomische Effekte von Arbeitszeitverkürzungen. WIFO-Studie 2001.
- 7 Marterbauer, Wohlstand?; Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike: Sozialpolitik als Produktivkraft. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 8 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 9 Eigene Berechnungen des Autors.
- 10 Guger, Alois/Knittler, Käthe/Marterbauer, Markus/Schratzenstaller, Margit/Walterskirchen, Ewald: Analyse alternativer Finanzierungsformen der sozialen Sicherungssysteme. WIFO-Studie 2008; Mühlberger, Ulrike/Guger, Alois/Knittler, Käthe/Schratzenstaller, Margit: Alternative Finanzierungsformen der Pflegevorsorge. WIFO-Studie 2008.
- 11 Rossmann, Bruno: Vermögen und Vermögensbesteuerung in Österreich – Bestandsaufnahme und Reform der Bewertung von Grundvermögen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 32. Jahrgang/Heft 4, 2006, S. 283–312.
- 12 Vgl. Mooslechner, Peter/Schürz, Martin: Verteilung der Geldvermögen, in: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, *Sozialbericht 2007–2008*. Wien 2009, S. 276–288; Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin/Wagner, Karin: Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q2/09, S. 113–134; Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin: Immobilienerbschaften in Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q2/10, S. 34–55; Andreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Schürz, Martin: Unternehmensbeteiligungen der privaten Haushalte in Österreich – Evidenz auf Basis von Mikrodaten, in: *Geldpolitik und Wirtschaft*, Q4/09, S. 66–84.
- 13 Leoni, Thomas/Marterbauer, Markus/Mayrhuber, Christine: Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: *Sozialbericht*. Wien 2010, im Erscheinen.
- 14 Ebd.
- 15 Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat. WIFO-Monatsberichte 11/2009.
- 16 Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin 2009.